wie die Massen auf die „unübersehbaren ökonomischen, politischen und sozialen, allgemeinen und lokalen Momente“ reagieren. Das ist durchaus keine Ueberschätzung der Spontaneität durch R. L.

Uebrigens haben die russischen Bolschewiki einst die Bedeutung des spontanen Handelns der Arbeiter anerkannt. Kein geringerer als Lenin selbst hat erklärt: „Die Partei muß von der Massenpraxis lernen“, denn: „erst der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse, erst der Kampf gibt ihr das Maß ihrer Kräfte.“ („Gesammelte Werke“, Bd. XIX, S. 440—41.) Noch deutlicher wurde Lenin in seiner Schilderung über den Moskauer Generalstreik im Dezember 1905, wo es heißt:

„Die Organisationen waren hinter dem Wachstum und dem Schwung der Bewegung zurückgeblieben. Die Veränderung der objektiven Verhältnisse des Kampfes, die Uebergang vom Streik zum Aufstand forderte, hat das Proletariat früher erfaßt als seine Leiter.“ („Ausgewählte Werke“, Sammelband, S. 183.)

Das ist die eindeutige Bestätigung dafür, daß im Verlauf eines Massenstreiks die politische Einsicht der Organisationsleitungen oft vom revolutionären Klassenbewußtsein der kämpfenden Proletarier überflügelt wird. Lenin war es auch, der im September 1917 in seinem Brief an das Zentralkomitee der Bolschewiki folgende Kampfbedingung formulierte:

„Damit der Aufstand erfolgreich sein kann, muß er sich nicht auf eine Partei stützen, sondern auf die fortgeschrittene Klasse Der Aufstand muß sich auf den revolutionären Elan des Volkes stützen.“ (P. Langner „Der Massenstreik“, S. 54.)

Lenin kommt also zu denselben Schlußfolgerungen wie Rosa Luxemburg, nämlich: Die Spontaneität ist ein starker Antrieb der proletarischen Klassenbewußtseins-Entwicklung, und der siegreiche Massenaufstand kann nur das Werk der handelnden Arbeiterklasse selbst sein.

Wenn trotzdem die Bolschewiki samt der KPD heute gegen den „Luxemburgismus“ zu Felde ziehen, so liegt die eigentliche Ursache dafür in dem staatskapitalistischen Rückschlag der Sowjetunion, die für ihre Industrialisierung keine revolutionären Massenkämpfe des internationalen Proletariats, sondern Handelsverträge mit den hochkapitalistischen Ländern braucht. Die deutsche Arbeiterschaft jedoch kann in ihrem Befreiungskampfe nicht Halt machen vor den Verträgen ihrer Bourgeoisie mit der russischen Staatswirtschaft. Sie muß gerade deshalb die von Rosa Luxemburg gesammelten Massenstreik-Lehren in revolutionäre Praxis umsetzen.

Der Massenkampf in der Gegenwart

Die jüngsten Ereignisse in verschiedenen Ländern haben die geschichtlichen Massenstreik-Lehren im Feuer der Praxis erhärtet. Aus dem täglichen Kleinkrieg zwischen Kapital und Arbeit ragen 1932 hoch hinaus der Massenkampf der belgischen Bergarbeiter, die Streikaktionen der Weber von Laucashire, die polnischen Bergarbeiterkämpfe in Dombrowa, der Kampf der tschechischen Kohlengraber und schließlich der große Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Alle diese Kämpfe waren ein scharfer

Spiegel für die reaktionäre Rolle der Gewerkschaften und für den eingetretenen Umschlag des Klassenkampfes auf das politische Feld.

Ein Musterbeispiel dafür war besonders der *Berliner Verkehrsstreik*. Dieser Kampf einer Arbeiterschicht mit sozialen Vergünstigungen (Pensionsanspruch etc.) zeigt, daß der fortgesetzte Lohnraub bereits jene äußerste Grenze der Unerträglichkeit erreicht hat, wo trotz aller gewerkschaftlich sanktionierten Schlichtungsdiktatur der Massenwille spontan zum Ausbruch drängt und selbst die Nazi-Arbeiter Solidarität üben müssen. Die BVG-Proleten wollten selbstverständlich nach altbekannter Gewerkschaftspraxis nur die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen abwehren, es ging für sie lediglich um das berühmte „Stück Brot“. Aber ihre Rebellion gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch rief sofort die kapitalistische Staatsgewalt auf den Plan. Die Schupo wurde zur Weiterführung des Verkehrs eingesetzt, der Schlichtungsapparat wurde für die Aktienbesitzer angekurbelt und als Dritter in diesem Bunde zur Verteidigung der kapitalistischen Interessen organisierte die „zuständige“ Gewerkschaftsbürokratie die Niederknüppelung der BVG-Arbeiter durch polizeilich gesicherten Streikbruch.

So wurde der reinwirtschaftliche Berliner Verkehrsstreik sofort zu einem politischen Kampf, — nicht durch den Willen der streikenden Arbeiter, sondern durch das Eingreifen des Staates, der als Instrument der Kapitals-Konzerne heute auch ein Machtorgan zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist. Die BVG-Proleten haben gewiß gegenüber dem infamen Gewerkschaftsverrat standgehalten, doch dies konnten sie nur auf Grund der aktiven Unterstützung durch die Arbeitslosen. Aber letztenendes siegte doch der kapitalistisch-staatlich-gewerkschaftliche Dreibund, denn die Streikenden zogen aus dem politischen Charakter ihres Kampfes nicht die notwendigen revolutionären Schlußfolgerungen.

Das ist eben die große Lehre des Berliner Verkehrsstreiks (wie auch des belgischen Bergarbeiterkampfes vom Sommer 1932): *Im heutigen Zeitalter des Monopolkapitalismus ist jeder schlichtungspolizeilich nicht genehmigte Lohnstreik ein Kampf gegen die Diktatur des Großkapitals und damit ein Kampf gegen die kapitalistische Staatsmacht — also seiner Natur nach bereits ein politischer Streik!* Politische Kämpfe können aber vom Proletariat nur als Massenaktionen geführt werden und das bedeutet: Ausschaltung aller gewerkschaftlich-parlamentarischen Instanzen durch Schaffung einer politisch selbständigen und in der Masse direkt verankerten Kampfführung, Ausweitung des Streiks durch Einbeziehung möglichst breiter Arbeiterschichten, Anwendung revolutionärer Kampfmittel (vor allem Stilllegung lebenswichtiger Betriebe), um so von der Abwehr zum Angriff übergehen zu können. Wenn die Proletarier sich für kommende Kämpfe eine solche Massenbasis und revolutionäre Rüstung schaffen, dann ist die Niederlage der Berliner Verkehrsarbeiter trotz alledem nicht vergebens gewesen. —

Der Berliner Verkehrsstreik hat darüber hinaus auch noch eine besondere Bedeutung insofern, als er die Politik der *KPD und RGO* ins helle Licht gerückt hat. Die KPD hatte hier Gelegenheit, mit ihrer Parole

„außerparlamentarische Massenmobilisierung“ die Feuerprobe zu machen und ihre Millionen-Anhängerschaft zur Tatsolidarität aufzurufen ungeachtet der bevorstehenden Reichstagswahl. Statt dessen aber war der BVG-Streik für die KPD im Grunde nur eine willkommene Wahlparole, um eine Bombenreklame für die Liste 3 zu machen. In den Streikausschüssen selbst waren die RGO-Mitglieder vor lauter Wahlfieber einfach unfähig, die notwendigen Schritte zu tun zur Verbreiterung der Front und zur Aufstellung einer revolutionären Kampfplattform. Und als der Wahltag vorbei war, da wußte die KPD mit ihren sechs Millionen Anhängern nichts Besseres anzufangen, als für die gemäßregelten BVG-Proleten Anträge im Stadtparlament zu stellen und Sammelbüchsen auszugeben.

Demgegenüber ist es heute die revolutionäre Aufgabe, zu versuchen, die Teilstreiks auf die höhere Stufe der Klassengrundlage zu erheben, indem den beruflichen Forderungen die Klassenforderungen der Arbeiterschaft vorangestellt werden. Nur die praktische Durchführung dieser Erkenntnis kann im Proletariat die notwendige breite Basis für die Entwicklung von Massenaktionen schaffen.

Der BVG-Streik hat somit kraft bewiesen, daß auch die Taktik der KPD und RGO, die kämpfende Arbeiter lediglich vor den bolschewistischen Parteikarren spannen will, ein hemmendes Element in der Entwicklung des proletarischen Massenkampfes ist.

Zur Arbeitslosenfrage

Die Dauer-Erwerbslosigkeit weist einem Millionenheer eine eigentümliche Stellung im Klassenkampf zu. Die Arbeitslosen können (sofern sie nicht zur kleinen Schar der Notstandsarbeiter gehören) nicht streiken, weil diese ureigenste Waffe des Proletariats nur im Produktionsprozeß gebraucht werden kann. Doch die Erwerbslosen sollen deswegen nicht passiv beiseite stehen, ihre Kraft als Masse können sie ebenfalls einsetzen. Zum Beispiel bei Betriebskämpfen als Streiksicherung, sowie auf dem politischen Felde des Arbeiterkampfes. Große Erwerbslosendemonstrationen können unter bestimmten Umständen ein mächtiger Antrieb für den Kampf des Gesamtproletariats sein, ein Auftakt zu revolutionären Massenbewegungen. Da wirft sogar manchmal der Staat etliche Brocken hin („Winterhilfe“), um ein Ventil für die soziale Gärung zu öffnen.

Bei alledem darf aber nicht vergessen werden: Auch durch alle mittels revolutionärer Aktivität erzwungenen Zugeständnisse der Bourgeoisie kann das Arbeitslosenproblem niemals im Interesse des Proletariats gelöst werden. Denn die aufbegehrende Arbeiterschaft wird sehr schnell immer wieder vor der nackten Machtfrage stehen: entweder den Massenkampf bis zum Sturz der Kapitalistenklasse fortzuführen oder weiter das Joch der Verelendung zu schleppen. Also: kein Selbstbetrug, — das gilt besonders für die Arbeitslosen. Die realen Machtverhältnisse sind heute für die Zielsetzung der Erwerbslosenbewegung ebenso ausschlaggebend, wie für die Kampftaktik der betriebstätigen Arbeiter.

In dieser entscheidenden Frage des modernen Klassenkampfes offenbart sich auch die Unzulänglichkeit der von der KPD von Zeit zu Zeit

veranstalteten Hungerdemonstrationen. Die KPD ruft die Erwerbslosen lediglich auf, um für im Kapitalismus unerfüllbare Forderungen zu demonstrieren, — um wieder mal vergebens von der Bourgeoisie Arbeit oder mehr Brot zu verlangen. Ein solcher Hungermarsch muß aber isoliert bleiben und wirkungslos verpuffen, weil er keine revolutionäre Klassenbasis hat und somit keine Tatsolidarität im Betriebsproletariat auslösen kann.

Die Erwerbslosen müssen aus ihren Hungerdemonstrationen der letzten Jahre erkennen, daß für alle Proletarier die Parole gilt: auf den Boden der harten Tatsachen sich stellen und revolutionäre Klassenpolitik treiben. *Weil die Massenarbeitslosigkeit ebenso wie die Lohnknechtschaft erst durch den Triumph des Sozialismus beseitigt werden kann, deshalb müssen sich die erwerbslosen und betriebstätigen Proletarier formieren zum gemeinsamen Kampf gegen das System des Kapitalismus!* Die revolutionäre Einheitsfront der Betriebe und Nachweise ist allein der Weg, der vom isolierten Hungermarsch zur Massenaktion der Arbeiterklasse führt.

Der Bankrott der alten Arbeiterbewegung

Der Widerspruch zwischen reformistischer Taktik und revolutionärem Klassenkampf, der schon vor drei Jahrzehnten in der Massenstreik-Debatte sichtbar wurde, hat sich seit dem Weltkrieg zum unüberbrückbaren Gegensatz entwickelt. 1914 wurden Sozialdemokratie und Gewerkschaften politische Polizeiorgane des imperialistischen Mordkommandos zur Sicherung der Militärdiktatur, und seit 1918 sind sie der rettende Damm des Kapitalismus vor der revolutionären Flut. Oder wie es Kautsky voraussagte: „die Schutzhaft der Herrschenden vor der Volkswut“. Es erfolgte die rasche Verbürgerlichung der reformistischen Bewegung mit den Hauptetappen: Zentralarbeitsgemeinschaft und Bejahung der Kapitalrepublik, Staatspolitik und Ministerialismus, Förderung des kapitalistischen Wiederaufbaues und der elendsvermehreren Rationalisierung, Heiligsprechung des Schlichtungsfaschismus und Propagierung der „Wirtschaftsdemokratie“, d. h. einer Interessengemeinschaft des ADGB mit dem Monopolkapitalismus. Der gesetzliche Reformweg hat so logischerweise zur Verankerung in der kapitalistischen Gesellschaft geführt und damit zur Preisgabe des proletarischen Klassenkampfes um das sozialistische Endziel.

In der kapitalistischen Niedergangsperiode stößt der Kampf um soziale Reformen auf seine historische Schranke, weil die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung auch den allgemeinen Lebensstandard der Arbeiterschaft in eine rückläufige Bewegung treibt. Um den Fall der Profitrate aufzuhalten, muß die Bourgeoisie die Löhne senken und dementsprechend die sozialen Unterstützungen abbauen. Mit dieser wachsenden Verelendung ist zwangsläufig verbunden eine Steigerung der politischen Unterdrückung, also eine Verschärfung aller sozialen Gegensätze. In Deutschland mit seinem ungeheuerlichen Massenelend und seiner Faschisierung sehen wir

diese Entwicklung in krasser Form, und ebenso deutlich auch das Versagen des Reformismus. Sozialdemokratie und Gewerkschaften stehen heute vor dem Scherbenhaufen ihrer „Realpolitik“. Ihre These: „bürgerliche Demokratie plus kapitalistischer Wiederaufbau gleich Aufstieg zum Sozialismus“, ist von der eisernen Ferse des Kapitalismus erbarmungslos zertrampelt worden. Es ist aus mit der „Eroberung der Macht auf parlamentarischem Wege“, — die schmachvolle Kapitulation der Severing-Braun-Grzesinski am 20. Juli 1932 vor Hindenburg-Schleicher-Papen hat diesen Wahlvereins-Traum gründlich zerstört. Es ist vorbei mit der „Überwindung des Kapitalismus durch soziale Reformen“, die Hungerdiktatur des Monopolkapitals hat diese kleinbürgerliche Idee ebenso brutal zerschmettert. *So ist die Krise des Kapitalismus auch die Krise der reformistischen Arbeiterbewegung!*

Der reformistische Bankrott wird selbst von Führern der SPD eingestanden. Siegfried Aufhäuser schrieb am 11. November 1932 im „Vorwärts“: „Die Voraussetzungen, durch die Beteiligung an Regierungskoalitionen soziale Errungenschaften zu gewinnen oder zu verteidigen, sind mit der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftskrise beseitigt worden.“ Das ist deutlich genug. Aber die sozialdemokratische Parteibürokratie kann keinen Weg nach vorwärts weisen. Ihr Blick ist vielmehr nach rückwärts gerichtet. Sie sehnt sich wieder nach der Regierungsherrschaft der Weimarer Koalition, sie will als politischer Makler zwischen Kapital und Arbeit nicht von den staatlichen Futterkrippen verstoßen bleiben. Deshalb ruft sie „zurück zur Verfassung“, das heißt: zurück zur staatsverantwortlichen Koalitionspolitik, die das Proletariat geschwächt hat und deshalb mitschuldig ist an der Erstarkung des Faschismus.

Die Weltkrise, die den Kampf um eine sozialistische Wirtschaftsordnung zur Tagesfrage macht, hat die SPD restlos als kleinbürgerliche Reformbewegung entlarvt. Dasselbe gilt für die „freien“ Gewerkschaften, die ja nach Rosa Luxemburg schon immer nichts anderes waren als die „organisierte Defensive der Arbeitskraft“. Ihr „Sozialismus“ ist im Grunde weiter nichts als Staatskapitalismus, so wie 1919 ihre Parole der „Sozialisierung“ nur die direkte Enteignung der Bourgeoisie verhinderte. Das reformistische Programm für den „Umbau der Wirtschaft“, das auf der Verstaatlichung der Großindustrie, Banken und Großlandwirtschaft beruht, will heute abermals den Befreiungskampf des Proletariats auf das tote Gleis einer Reformierung der Privatwirtschaft schieben.

Die staatskapitalistischen Pläne der SPD und ihrer Gewerkschaften bestätigen mit aller Deutlichkeit, daß die reformistische Politik bankrott ist, weil sie im Stadium des kapitalistischen Niederganges keine geschichtlich reale Basis mehr hat!

KPD. und Reformismus

Für jeden revolutionären Proletarier steht heute fest: der Kapitalismus kann nicht mit den Methoden der bürgerlichen Demokratie, also nicht auf dem Wege der alten Arbeiterbewegung, gestürzt werden, sondern nur mit den Methoden des proletarischen Machtkampfes. Das ist auch die programmatische Auffassung der KPD. Das Bekenntnis zum revolutionären Massenkampf erfordert selbstverständlich eine prinzipielle Stellung zum Reformismus, die ohne Abgrenzung von der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Politik einfach nicht möglich ist.

Hier entwickelt nun die KPD eine höchst widerspruchsvolle Praxis. Heute, wo alles darauf ankommt, die Massen für revolutionäre Aktionen zu formieren, beteiligt sich die KPD immer noch am kapitalistischen Wahlrummel. Sie sagt selbst: „der Parlamentarismus ist für die Arbeiterschaft ein Strick, der sie erdrosselt“ („Rote Post“ Nr. 39, Jahrg. 1932), — aber den Wahlboykott brandmarkt sie als „Hilfe für Hitler“. Sie erklärt selbst: „das Kampffeld in den Klassenschlachten bleiben der Betrieb, die Stempelstelle, die Arbeiterviertel“ („Rote Fahne“ vom 1. 10. 32), — doch der Schwerpunkt der KPD-Politik liegt in den meisten Fällen in den Zimmern ihrer Parlamentsfraktionen. Dabei hat gerade die Nachkriegsgeschichte bewiesen, daß der Parlamentarismus untauglich und sogar schädlich für den modernen Arbeiterkampf ist, weil er die Aktivität der Proletarier hemmt. Ein Gradmesser für die Reife der Arbeiterklasse ist der Parlamentarismus nicht mehr, sonst müßte der bolschewistische Wahlerfolg vom 6. November (ca. sechs Millionen Stimmen!) einen revolutionären Massensturm entfesselt haben. Das einzig zuverlässige Barometer ist heute die Aktivität der Massen im direkten Kampf zwischen Kapital und Arbeit, d. h. die Aktion der Betriebe und Stempelstellen gegen Hungerdiktatur und Faschismus.

Die bolschewistischen Führer bestreiten ja durchaus nicht, daß auch ein Sieg der KPD-Liste dem Proletariat nicht seine ureigenste Aufgabe des revolutionären Machtkampfes abnehmen kann. Der parlamentarische Umweg der KPD ist also völlig zwecklos, er verlangsamt nur die Entwicklung der Arbeiterschaft zum revolutionären Handeln. Einer „revolutionären“ Parlamentarismus gibt es deshalb ebensowenig wie einen „reformistischen“ Kapitalismus, denn Massenaktion und Parlamentarismus sind unvereinbar wie Feuer und Wasser.

In der Gewerkschaftsfrage zeigt sich derselbe Widerspruch der bolschewistischen Politik. Es stimmt gewiß hundertprozentig, wenn Erich Auer in der „Roten Fahne“ vom 25. 8. 32 schreibt: „Die Gewerkschaftsinstanzen sind aus Klassenkampforganisationen zu Streikbruchzentralen geworden, die durch ihre Verbundenheit mit dem kapitalistischen System nicht mehr imstande sind, den notwendigen Kampf der Arbeiterklasse zu führen.“

Die revolutionäre Schlußfolgerung aus dieser Tatsache kann nur sein der prinzipielle Kampf gegen den Gewerkschaftsreformismus. Das aber bedeutet — wegen der Verbundenheit des ADGB mit dem Kapitalismus! — die Spaltung, die Zertrümmerung der „freien“ Gewerkschaften und den Aufbau einer revolutionären Klassenkampfbewegung. Die KPD und RGO jedoch tut das Gegenteil. Sie führt einen fanatischen Kampf gegen die gewerkschaftsfeindliche Stimmung derjenigen Proletarier, die begriffen haben, daß der ADGB ein Bollwerk des Kapitalismus ist. So erklärt Walter Ulbricht in der „Roten Fahne“ vom 20. 8. 32: „Es muß Schluß gemacht werden mit dem Hinauslaufen oppositioneller Gewerkschaftsmitglieder aus den reformistischen Gewerkschaften.“ Es sollen „möglichst viele Kommunisten und revolutionäre Arbeiter“ in die Gewerkschaften zurück, obwohl sie natürlich bei der ersten Gelegenheit von der Verbandsbürokratie wieder hinausgeworfen werden.

Daß die RGO-Führung ausgerechnet in der Zeit des völligen reformistischen Bankrotts auf die alte durch jahrelange Praxis als utopistisch erwiesene Losung der „Gewerkschaftsrevolutionierung“ zurückgreift, illustriert kraß den Opportunismus der bolschewistischen Politik. *Solange aber KPD und RGO nicht den radikalen Bruch mit dem parlamentarisch-gewerkschaftlichen System des Reformismus vollziehen, wird ihr Bekenntnis zur revolutionären Massenaktion eine Phrase sein!*

Faschismus und Reformismus

Das italienische Beispiel vor Augen, stehen große Kreise des Proletariats (u. a. auch die Trotzki-Gruppe) auf dem Standpunkt, daß der Faschismus in Deutschland ebenfalls die Vernichtung der gesamten Arbeiterbewegung anstrebt. Soweit es sich um revolutionäre und linksradikale Organisationen handelt, ist im weiteren Verlauf der Faschisierung ohne Zweifel damit zu rechnen. Es ist aber ein geschichtlicher Irrtum, die völlige Zerstörung auch der reformistischen Bewegung zu prophezeien.

Wie sich der deutsche Faschismus im Unterschied zu Italien von vornherein als Herrschaftsform des Monopolkapitals entwickelt mit deutlicher Ablehnung einer Hitlerschen Parteidiktatur, so ist auch sein Verhältnis zum Reformismus ein anderes. Selbst Mussolinis Regime mußte nach Zerschlagung der meisten Arbeiterorganisationen wieder neue Gewerkschaften (die sog. Syndikate) aufbauen, um eine Kontrolle über den aus der Ausbeutung immer wieder hervorbrechenden Arbeiterkampf zu haben. Diesen italienischen Umweg braucht der deutsche Faschismus nicht zu machen, erstens wegen seiner viel stärkeren ökonomisch-politischen Basis und zweitens wegen der größeren kleinbürgerlichen Versumpfung der reformistischen Bewegung. Zur notwendigen Regelung der Arbeitsbedingungen braucht er nur das bestehende Zwangsschlichtungswesen auszubauen, so daß er lediglich Sicherungen gegen den Ausbruch revolutionärer Streiks zu schaffen hat. Der deutsche Monopolkapitalismus verfolgt deshalb das Ziel, neben den christlichen und nationalsozialistischen Verbänden besonders auch die großen reformistischen Gewerkschaften als Instrument seiner faschistischen Wirtschaftspolitik zu benutzen. Erste Schritte dazu sind die

kleinen Konzessionen der Aufhebung einiger Notverordnungsbestimmungen, Weihnachts-Amnestie, Groschen-Winterhilfe etc.

In dieser Richtung bewegt sich auch die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Praxis, wie die letzten Monate beweisen. „Es gibt keine nationale Konzentration ohne die Arbeiterschaft“, heißt es in einer Resolution des ADGB-Ausschuß vom 14. 6. 32. Deshalb die Unterredungen reformistischer Führer mit Schleicher, deshalb ihre Fühlungnahme mit Abgesandten der Hitlerpartei zwecks wirtschaftspolitischer Verständigung, und deshalb auch der organisierte Gewerkschaftsverrat am Berliner Verkehrsstreik. Zwischen Faschismus und Reformismus gibt es keinen unüberbrückbaren Gegensatz; die gemeinsame kapitalistische Existenzgrundlage und die gemeinsame Angst vor der proletarischen Revolution ketten sie aneinander. *So ist die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Bewegung genau wie die Nazipartei dazu verdammt, sich mit massenbetrügerischen Losungen („Verstaatlichung, Arbeitsbeschaffung“ usw.) in das faschistische System der monopolkapitalistischen Diktatur einzugliedern!*

Die Aufgabe der neuen Arbeiterbewegung

„Auch der konterrevolutionäre Boden ist revolutionär“, sagt schon Karl Marx. Wie im Weltkrieg in der Nacht des sozialdemokratischen Verrats trotz Militärdiktatur schließlich wieder das leuchtende Banner des proletarischen Klassenkampfes aufgepflanzt wurde, so erzeugt auch der jetzige Niederbruch der Arbeiterklasse die Bedingungen zum neuen Aufstieg. Die faschistische Entwicklung kann wohl die reformistischen Organisationen in ein Werkzeug des Monopolkapitals verwandeln, — aber mit der Steigerung der sozialen Gegensätze treibt sie auch zum Durchbruch des Massenwillens,

Diesen Durchbruch zu beschleunigen, ist die große Aufgabe der revolutionären Arbeiterbewegung. Ihre oberste Pflicht ist es deshalb, den Blick des Proletariats immer wieder auf die heutigen Notwendigkeiten seines Befreiungskampfes zu lenken. Die wirklich revolutionäre Arbeiterfront kann nicht erstehen durch die Einheitsfrontangebote der KPD-Zentrale und der Oppositionsgruppen (KPO, SAP, Leninbund etc.), sondern nur im unversöhnlichen Kampf gegen das parlamentarisch-gewerkschaftliche System der Massenbeherrschung. Nur durch das solidarische Zusammenstehen der Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen verwirklicht sich die Einheit der Massen zum gemeinsamen Kampf, die niemals durch ein Kartell von Organisationen, einen Linksblock oder dergleichen ersetzt werden kann. Formierung der Proletariats zur Klassenfront der Massenaktion und als tragendes Fundament der Zusammenschluß der Arbeiter in Betriebsorganisationen — das allein ist heute die Richtschnur einer revolutionären Organisation.

Die Kommunistische Arbeiter-Union (KAU) hat sich diese Aufgabe gestellt. Sie kämpft nicht um sozialdemokratische oder

bolschewistische Staatswirtschaft, nicht um Parteidiktatur oder Arbeiter- und Bauernregierung, sondern für **Klassendiktatur** des Proletariats und **Bedarfswirtschaft**. Sie kämpft um die in den Betrieben und Stempelstellen verankerte Führung der Massenaktion, denn nur die Taktik des **Selbsthandelns** ist die große, das proletarische Denken umwälzende Praxis, in der schließlich die revolutionäre Theorie die Arbeitermassen ergreift und zur kapitalstürzenden Gewalt werden kann. Die KAU kämpft vor allem um die **Räte**, denn *nur die Arbeiterräte sind als Instrument des proletarischen Klassenwillens das Schwert der sozialen Revolution und der Hebel des Kommunismus!*

Klassenkampforganisation und Rätebewegung

Das elementare, aus den Niederlagen des Proletariats geborene Prinzip der Massenaktion ist die Schaffung von **Kampforganen** aus den Reihen der Arbeiter **von unten auf** (Vertrauensleute, Aktionsausschüsse), um so die reformistische Instanzenherrschaft zu brechen. Diese Organe des Selbsthandelns müssen von den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen direkt gewählt, nur ihnen verantwortlich und jederzeit abberufbar sein. Die Aktionsausschüsse sind als **Rückgrat** des selbsthandelnden Proletariats das letzte Entwicklungsstadium vor den revolutionären Räten, den **Machtorganen** der proletarischen Diktatur.

Das Räteprinzip ist kein radikaler Abklatsch des Bürokratismus der reformistischen Bewegung, sondern die revolutionäre **Plattform zur kollektiven Führung des proletarischen Klassenkampfes**. Die **Selbsterantwortlichkeit** in der Arbeiterschaft zur Inangriffnahme ihrer eigenen Klassenaufgaben zu wecken, und die zum Sturz des Kapitalismus notwendigen **Kräfte der Selbsttätigkeit** im Proletariat zu entwickeln — das ist die Funktion der Räteorgane schon vor der **Machtüberoberung**. Massenkampf, Aktionsausschuß und Räte bedingen sich deshalb gegenseitig wie Kommunismus und soziale Revolution und bilden so die wichtigste Voraussetzung für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die revolutionäre Klassenkampforganisation muß darum alles tun, um den Entwicklungsprozeß der in den selbständigen Kampforganen entspringenden Rätebewegung zu fördern. Die Kampfpausschüsse dürfen weder ein Instrument der Gewerkschaften, noch ein Werkzeug der Parteien werden, sei es die KPD oder sonst eine linksradikale Gruppe. Auf dem Boden der **proletarischen Demokratie** der Rätebewegung muß gewiß ständig der Kampf um die Klärung der Arbeiterhirne ausgefochten werden, um das politische Niveau der Masse zu heben, ohne aber die Organe des Selbsthandelns zum Anhängsel einer Organisation zu machen. Eine revolutionäre Organisation muß gegen jeden Versuch, in den selbständigen Kampfpausschüssen eine Instanzenpolitik zu verankern, den **scharfsten Kampf aufnehmen**, damit die proletarische **Klassengrundlage** der sich entwickelnden Rätebewegung auch erhalten bleibt. Hier, bei der **konsequenten Ablehnung des Organisationsegoismus inner-**

halb der Rätebewegung entscheidet sich letztendes der revolutionäre Charakter jeder radikal sein wollenden Arbeiterorganisation. Auch die Kommunistische Arbeiter-Union ist keine Bewegung, die eine politische Beherrschung der Räte durch organisatorische Maßnahmen anstrebt.

Selbsthandeln ist das Gebot der Stunde!

Mit brutalen Schlägen hämmert heute die monopolkapitalistisch-faschistische Diktatur die Alternative, daß Massenaktion und Kommunismus der einzige Ausweg aus dem Chaos der bürgerlichen Gesellschaft sind. Das Proletariat muß endlich selbständig gehen lernen, das heißt: es muß sich eine revolutionäre Klassen taktik schaffen, um vom isolierten Teilstreik zum Massenstreik und vom Massenkampf zum notwendigen Massenaufstand gegen den Kapitalismus zu kommen.

Die wirtschaftliche und politische Kapitaloffensive stellt der Arbeiterschaft folgende konkrete Aufgaben:

Wahl von Kampf- und Aktionsausschüssen unter Ausschaltung jeder Organisationsbürokratie. Zusammenfassung dieser Organe über das ganze Land und Einberufung eines Reichskongresses. Organisatorische Sicherung dieser Kongresse gegenüber eventuellen Verbotsmaßnahmen der Behörden.

Schaffung von Schutzformationen gegen faschistische Ueberfälle und zur Unterstützung aller Aktionen in den Betrieben, Stempelstellen und proletarischen Wohnbezirken. Die Schutzformationen haben aber nur als vorübergehende Organe eine Existenzberechtigung. Der bleibende Niederschlag müssen vielmehr sein die revolutionären Betriebsorganisationen, die als Fundament des organisierten Klassenkampfes der natürliche Boden für die politische Vorwärtsentwicklung des Proletariats sind.

Auslösung von Solidaritätsaktionen der Erwerbslosen bei Betriebskämpfen und Entfachung von Solidaritätsstreiks der Betriebsarbeiter bei allen Kämpfen der Erwerbslosen.

Vorwärtstreibung aller Teilaktionen über ihren lokalen Rahmen hinaus zu revolutionären Massenkämpfen.

Zerschlagung der Tariffknechtschaft und Uebergang aus der Defensive in die Offensive mit dem Ziel: Niederringung der kapitalistischen Hungerdiktatur!

Das sind die Tagesfragen, die sich aus den revolutionären Lehren der Vergangenheit und Gegenwart für den heutigen Arbeiterkampf ergeben. Das Proletariat muß sich endlich zum Selbsthandeln formieren, um nicht in Barbarei unterzugehen.

Proletarische Massen: besinnt euch, vorwärts zum revolutionären Aufbruch, — die Stunde der Massenaktion hat geschlagen!

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Vorbemerkung	3
Eine Welt im Zusammenbruch	4
Krisenhölle Deutschland	5
Die Diktatur des Monopolkapitals	7
Die Rolle der Hitler-Bewegung	9
Massenaktion ist notwendig!	9
Der Massenkampf in der Geschichte	11
a) Die Stellung der Partei und Gewerkschaften	11
b) Rosa Luxemburg und der Massenstreik	12
Der Massenkampf in der Gegenwart	14
Zur Arbeitslosenfrage	16
Der Bankrott der alten Arbeiterbewegung	17
KPD und Reformismus	19
Faschismus und Reformismus	20
Die Aufgabe der neuen Arbeiterbewegung	21
Klassenkampforganisation und Rätebewegung	22
Selbsthandeln ist das Gebot der Stunde!	23

**Über alle wichtigen Vorgänge
in Wirtschaft und Politik
unterrichtet ausführlich der**

„Kampftruf“

Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiter-Union

Erscheint zweimal monatlich und kostet
vierteljährlich 1,— RM, im voraus zahlbar
auf Postscheck-Konto Richard Radt, Berlin
Nummer 100817

**Ende Januar 1933 erscheint
die theoretische Zeitschrift der
Kommunisten, der**

proletarier

Zeitschrift für Praxis und Theorie des Rätekommunismus

Erscheint jährlich 8 mal, Bezugspreis jähr-
lich 2,80 RM, Einzelnummer 0,40 RM

Auslieferung für Deutschland:

Richard Radt, Berlin-Rummelsburg, Kantstr. 46
Postscheck-Konto: Berlin Nummer 100817